

Liebe Leserinnen und Leser,

„Wir haben gelernt, wie Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen; doch wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben.“

Brüder- und Schwesterlichkeit bedeutet für mich Solidarität, Achtsamkeit für sich selbst und unsere Nächsten. Dies sind Grundpfeiler unserer europäischen Werte und des Miteinanders in unserer Gesellschaft. Mich hat diese Erkenntnis des Bürgerrechtlers Martin Luther King in den vergangenen Wochen, in denen uns die Pandemie erneut hart getroffen hat, begleitet. Aber auch die außenpolitischen Geschehnisse, der Blick an die polnisch-belarussische Grenze, zeigt uns, wozu wir Menschen fähig sind, wenn wir die Werte von Brüder- und Schwesterlichkeit vergessen.

Gerade die Weihnachtszeit ist die Zeit, in der wir im Familienkreis das praktizieren können und sollten, was wir uns von der gesamten Welt so sehr erhoffen.

Von Herzen sage ich Danke für die gute Zusammenarbeit, den Zusammenhalt in diesen besonderen Zeiten sowie die inspirierenden persönlichen und virtuellen Gespräche in diesem Jahr.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich, auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes, gesundes neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

Meine Rede im Plenum zum Welternährungsgipfel

Diese Woche habe ich mich anlässlich des globalen Gipfels „Ernährung für Wachstum“ (Nutrition for Growth) am 7. und 8. Dezember in Japan für eine weltweite Ernährungssicherung, die drei Hauptfaktoren Gesundheit, Ernährung und Resilienz, und für nachhaltige Landwirtschaft - auch bereits im Schulunterricht - ausgesprochen.

Meine ganze Rede im Plenum finden Sie [online](#).

Verleihung des Sacharow-Preises an Alexej Nawalny

Der Sacharow-Menschenrechtspreis ist in dieser Plenarwoche während einer feierlichen Zeremonie im Brüsseler Plenarsaal verliehen worden. Stellvertretend für Kremlkritiker Alexej Nawalny, der nach wie vor in Russland inhaftiert ist, nahm dessen Tochter den renommierten Preis entgegen. In ihrer Dankesrede forderte Darja Nawalnaja mehr Engagement und ein entschiedenes Auftreten der Welt gegen Russlands Präsidenten Wladimir Putin. Ihr Vater habe ihr aufgetragen zu sagen, dass niemand es wagen dürfe Russland mit Putins Regime gleichzusetzen. „Russland ist ein Teil von Europa.“, betonte Nawalnaja. CDU und CSU wiesen darauf hin, dass mit der Auszeichnung Nawalnys allen Demokraten und Pro-Europäern der Rücken gestärkt werde. Mit der Auszeichnung würdigte das Europaparlament Nawalnys Mut und seine Entschlossenheit im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Zur Verleihung des Sacharow-Preises an Alexej Nawalny erklären

David McAllister (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit ist der sichtbarste Beitrag des Europäischen Parlaments für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der ganzen Welt. Mit der Verleihung des Sacharow-Preises 2021 an Alexej Nawalny würdigt das Europäische Parlament seinen Mut und seine Entschlossenheit im Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Diese Auszeichnung zeigt, dass es einen Unterschied zwischen der Politik des Kremls und den Menschen in Russland gibt. Es ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. Das Europäische Parlament wird sich weiterhin dafür einsetzen, Herrn Nawalny bedingungslos freizulassen.“

Michael Gahler (CDU), außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Das Europäische Parlament stärkt mit der Auszeichnung Nawalnys den ukrainischen sowie den russischen Demokraten und Pro-Europäern den Rücken. In einer ausführlichen Debatte und einem von fünf Fraktionen getragenen Beschluss zur militärischen Drohung der russischen Regierung gegen die Ukraine betonen wir auch die enge Verbundenheit der beiden Völker. Die Menschen in beiden Ländern wollen in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben. Wann und wo immer sie die freie Wahl haben, entscheiden sie sich für den europäischen Weg, der auf der Achtung der Menschenwürde gegründet ist.“

Hintergrund:

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr vom Europäischen Parlament verliehen. Der Präsident des Europaparlaments wählt gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden den endgültigen Preisträger aus. Nominiert waren in diesem Jahr neben Alexej Nawalny auch eine Gruppe afghanischer Frauen sowie die ehemalige bolivianische Übergangspräsidentin Jeanine Anez, die in Haft sitzt. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wurde am 15. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen. Die Auszeichnung wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen und ist nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt.

Europäisches Jahr der Jugend 2022

2022 wird für Europa ganz im Zeichen der jungen Generation stehen. Das Europaparlament verabschiedete in seiner letzten Plenarsitzung des Jahres den Rechtsrahmen für das Europäische Jahr der Jugend 2022. Damit werden in allen EU-Staaten Initiativen und Veranstaltungen für junge Menschen stattfinden. Ziel ist es vor allem, der Jugend, die besonders unter den Corona-Maßnahmen zu leiden hatten, wieder eine positive Perspektive zu geben. Noch einmal solche Einschränkungen wie im Lockdown-Jahr, die schwerwiegende Folgen für die junge Generation hatten, sollen unbedingt vermieden werden. Junge Menschen sind unsere Zukunft. Sie werden in der Welt leben, die wir heute schaffen.

Im Europäischen Jahr der Jugend wird es nicht nur im Rahmen der Programme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps diverse Initiativen und Veranstaltungen geben, sondern themenübergreifend über sämtliche Fachbereiche hinaus. Mit dem nun vereinbarten rechtlichen Rahmen, stellt die EU sicher, dass die junge Generation auch tatsächlich einen entscheidenden Beitrag zur Ausgestaltung des Jahres leisten kann und real einbezogen wird. Schließlich wissen sie selbst am besten, welche Themen, Initiativen und Programme für sie von Relevanz sind. CDU und CSU haben von Anfang an darauf gedrängt, dass in diesem Jahr langfristige Veränderungen angestoßen werden und junge Menschen auch für die EU begeistert werden können.

Zur Trilog-Einigung über das Europäische Jahr der Jugend 2022 erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung sowie Berichterstatterin:

„Es ist ein großer Erfolg, dass wir die Verhandlungen zum Europäischen Jahr der Jugend so rasch abschließen konnten und pünktlich 2022 starten können. Hierfür konnte das Europaparlament ein Mindestbudget von 8 Millionen Euro für das gesamte Jahr sichern. Unser Verhandlungsergebnis zeigt deutlich, dass die junge Generation eine Priorität für Europa ist.“

Die anhaltende Corona-Pandemie hat junge Menschen unverhältnismäßig stark getroffen. Das Europäische Jahr der Jugend ist nun die Möglichkeit, die Bedürfnisse und Ängste der jungen Menschen in Europa in den Vordergrund zu stellen und gemeinsam Lösungen aufzuzeigen, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft nach der Pandemie.

Wir wollen, dass die wichtigsten Akteure in der konkreten Ausgestaltung des Europäischen Jahres die jungen Menschen selbst sind. Wir haben dafür gesorgt, dass dies ihr Jahr wird.“

Hintergrund:

Die Initiative geht zurück auf die State of the European Union-Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie kündigte damals an, 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu machen. Am 6. Dezember einigten sich Vertreter der EU-Institutionen auf den Rechtsrahmen. Diese Woche hat das Plenum die Einigung verabschiedet.

Untersuchungsausschuss zu Tiertransporten legt Abschlussbericht vor

Dieser Untersuchungsausschuss war ein Marathon! Über eineinhalb Jahre haben wir uns im ANIT intensiv mit Tiertransporten innerhalb Europas und in Drittstaaten beschäftigt. Wir haben die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Unser Ziel war es, mutmaßliche Verstöße bei der Anwendung von EU-Tierschutzvorschriften beim Transport innerhalb und außerhalb der EU zu untersuchen. Knackpunkte dabei waren bis zum Ende Bestimmungen über den Transport von sehr jungen oder besonders schutzbedürftigen Tieren sowie über Temperaturen und Transportdauer.

Meine Pressemitteilung zum Abschlussbericht finden Sie [hier](#).

Gesetz über digitale Märkte

Ohne die großen Digital-Plattformen läuft vieles nicht mehr. Ob die Internet-Suche oder der Internet-Einkauf vom Handy oder Computer: Es gibt einige wenige Plattform-Unternehmen, die eine große Marktbeherrschung erreicht haben, ohne das ihnen angemessene gesetzliche Grenzen gesetzt werden. Das Europaparlament hat diese Woche einen entscheidenden Schritt gemacht, um diese Lücke zu schließen. Mit der Positionierung des Europaparlaments zum Gesetz über digitale Märkte, dem sogenannten „Digital Markets Act (DMA)“, ist ein wichtiger Zwischenschritt zur Regulierung der Internet-Giganten erfolgt.

Das Europäische Parlament sendet damit ein starkes Signal für mehr Fairness auf den digitalen Märkten. Es ist der erste Schritt, um einen neuen rechtlichen Rahmen für die Digitalriesen auf der Grundlage der Regeln der sozialen Marktwirtschaft zu schaffen. Die Europäische Union steht für fairen Wettbewerb in der Sache. Die derzeitigen Wettbewerbsregeln reichen schlicht nicht aus. So können die Digitalriesen ihre Marktmacht voll ausnutzen und den Märkten ihre eigenen Regeln aufzwingen. Das Gesetz über digitale Märkte wird diese unlauteren Praktiken verbieten und ein starkes Signal für alle Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen im europäischen Binnenmarkt aussenden. Es ist der Gesetzgeber, der die Regeln macht, und nicht private Unternehmen!

Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter für den Digital Markets Act erklärt

- zum Digital Services Act:

„Für uns als EVP ist wichtig, dass wir mit dem DSA ein ausgewogenes Instrument schaffen. Einerseits wollen wir die Plattformen mit in die Pflicht nehmen, sodass Verbraucher in Europa überall auf sichere Weise einkaufen und auf die Richtigkeit der Nachrichten, die sie lesen, vertrauen können. Auf der anderen Seite wollen wir die Plattformen nicht

mit administrativen Anforderungen überlasten, denn uns ist klar, dass Online-Plattformen große Vorteile für die Verbraucher bringen und den grenzüberschreitenden Handel innerhalb und außerhalb der Union erleichtern.

Zielgerichtete Werbung muss den Datenschutzvorschriften und Transparenzverpflichtungen unterliegen. Mit der Datenschutz-Grundverordnung und der E-privacy-Verordnung haben wir aber bereits heute ein umfassendes Regelwerk zum Umgang mit zielgerichteter Werbung geschaffen. Ein pauschales Verbot wäre nicht im Verbraucherinteresse. Zielgerichtete Werbung zu verbieten würde natürlich dazu führen, dass viele Dienste künftig kostenpflichtig werden.“

- zum Digital Markets Act:

„Die Abstimmung zum DMA sendet ein starkes Signal: Das Europaparlament stellt sich gegen unfaire Geschäftspraktiken der größten Digitalunternehmen. Wir werden dafür sorgen, dass die digitalen Märkte offen und fair sind. Das ist gut für Verbraucher, gut für Unternehmen und gut für digitale Innovation in Europa. Die Botschaft ist klar: Die EU wird die Regeln der sozialen Marktwirtschaft auch in der digitalen Sphäre durchsetzen. Das bedeutet, dass der Gesetzgeber die Wettbewerbsregeln diktiert, und nicht die "Allgemeinen Geschäftsbedingungen" großer Digitalunternehmen.

Für uns als CDU und EVP war dabei wichtig, dass wir uns auf die größten Wettbewerbsprobleme fokussieren, denn die EU-Kommission hat nur begrenzte Ressourcen zur Überwachung der Regeln. Wir wollen deshalb, dass die nationalen Behörden in die Überwachung sinnvoll eingebunden werden. Außerdem verstärken wir die neuen Anforderungen an die großen Digitalunternehmen. Dadurch werden innovative Start-Ups mit den etablierten Internet-Riesen konkurrieren können und die beste Idee, nicht die Unternehmensgröße, über wirtschaftlichen Erfolg entscheiden. Das schafft mehr Angebote, wovon schlussendlich auch Verbraucher profitieren werden.“

Hintergrund:

Das Europäische Parlament verabschiedete diese Woche seine Verhandlungsposition über das Gesetz für die digitalen Märkte. Auch die EU-Mitgliedstaaten haben sich dazu schon positioniert, sodass Anfang 2022 der Gesetzgebungsprozess mit den sog. Trilog-Verhandlungen in die entscheidende Phase gehen kann.

EU-Gipfel vom 16./17. Dezember

Der letzte EU-Gipfel des Jahres wurde wie immer von großen Krisen bestimmt. Neben der Corona-Krise stand die Lage an der EU-Grenze zu Belarus, die Sicherheitslage der Ukraine und die anhaltenden hohen Energiepreise in ganz Europa auf der Tagesordnung. Das Europäische Parlament debattierte dazu im Vorfeld des Gipfels mit Kommissionspräsidentin von der Leyen.

Speziell zu zwei Themen wurde Ursula von der Leyen sehr deutlich. Sie rief alle ungeimpften Bürger und Bürgerinnen dazu auf, sich zügig impfen zu lassen und warb für die Dreifachimpfung in ganz Europa. Der Preis für die niedrigen Impfquoten sei zu hoch, wenn Weihnachten wieder von der Pandemie überschattet sei.

Zudem richtete sie klare Worte in Richtung Moskau. Sie sprach von „nie dagewesenen Maßnahmen mit ernststen Konsequenzen für Russland“, sollte es zu weiteren Aggressionen Russlands gegen die Ukraine kommen. Nach NATO-Informationen hat Russland derzeit bis zu 100.000 Soldaten im russisch-ukrainischen Grenzgebiet zusammengezogen. Damit

wächst die Sorge im Westen, dass nach dem Überfall auf die Krim im Jahre 2014 Russland kurz vor weiteren kriegerischen Handlungen gegenüber der Ukraine steht. Europa und der Westen als Ganzes müssen deshalb alles unternehmen, damit es in der Ukraine friedlich bleibt.

Neuaufgabe der Spielzeugrichtlinie

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat seine Position für eine Neuaufgabe der Spielzeugrichtlinie festgelegt. Hierzu erklärt **Marion Walsmann (CDU)**, Mitglied im Binnenmarktausschuss:

„Es kann nicht sein, dass eine Vielzahl an Spielzeugen aus Drittstaaten gefährliche, giftige oder schädliche Chemikalien enthalten, die zu Krebs führen oder Genmutationen hervorrufen können. Solche unsicheren Spielzeuge haben in Kinderzimmern nichts zu suchen. Größtenteils gelangen sie über Online-Marktplätze direkt in Kinderhände. Bei der anstehenden Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie brauchen wir ein höchst mögliches Maß an Schutz für Kinder in der gesamten EU. Dafür müssen die derzeit geltenden Regeln flexibler gestaltet werden. So machen neue wissenschaftliche Erkenntnisse oftmals schnelle Anpassungen von chemischen Grenzwerten nötig. Auch die Rechtsdurchsetzung muss effizienter werden. Wir wollen, dass Marktüberwachungsbehörden mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um Frequenz und Wirksamkeit der Kontrollen zu erhöhen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Zollbehörden ist dabei essentiell. Aber auch die Online-Marktplätze müssen mehr dazu beitragen, die schwarzen Schafe aus dem Verkehr zu ziehen, sodass die Einfuhr von unsicherem Spielzeug wirksamer unterbunden werden kann. Ich hoffe sehr, dass die Kommission unsere Vorschläge bei der anstehenden Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie berücksichtigt. Nur so schaffen wir mehr Sicherheit für unsere Kinder sowie Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen.“

Hintergrund:

Am 19. November 2020 hat die EU-Kommission die Evaluierung der Spielzeugrichtlinie vorgelegt, für Ende 2022 ist deren Überarbeitung vorgesehen. Die Reform ist nötig, um den Anforderungen bezüglich chemischer Inhaltsstoffe sowie neuer Vertriebswege Rechnung zu tragen.

EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit

Zu den veröffentlichten Vorschlägen der EU-Kommission für einen EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit erklärt **Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Die Vorschläge sind eine wichtige Antwort auf die zunehmende Bedrohung durch Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität. Zwei Drittel der in der EU aktiven kriminellen Netzwerke sind international aufgestellt, sie agieren immer globaler und vernetzter. Zudem verlagern sie ihre Aktivitäten zunehmend ins Internet und finanzieren sich über internationale Finanzkanäle. Es ist höchste Zeit, dass unsere Strafverfolgungsbehörden mit dieser Entwicklung mithalten können.“

Wir brauchen eine engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und mehr gemeinsame Operationen unter Beteiligung der Polizeibehörden der betroffenen Mitgliedstaaten. Ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen des neuen Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit ist ein entscheidender Schritt hin zu mehr Sicherheit. Die geltenden Vorschriften für den Datenaustausch sind häufig unpräzise und nicht praktikabel. Wir müssen diese technischen, operativen und rechtlichen Hindernisse beseitigen, wenn wir mit der international vernetzten Kriminalität Schritt halten wollen. Unsere Beamten, die in grenzüberschreitende Teams sowie Einsätze gehen, verdienen unsere volle Unterstützung und Wertschätzung.

Angesichts neuer, hybrider Bedrohungen wie der Cyberkriminalität wären weitergehende gemeinsame Ermittlungsmöglichkeiten und ein Mehr an Sicherheit wünschenswert gewesen. Den Informations- und Datenaustausch gilt es grundlegend zu verbessern und unsere Systeme miteinander zu verknüpfen. Nur so können wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit maßgeblich verbessern und Terrorismus, organisierte Kriminalität sowie sexuellen Kindesmissbrauch wirksam bekämpfen.

Die effektive polizeiliche Zusammenarbeit in Europa als Teil einer funktionierenden Sicherheitsunion ist seit langem ein Kernanliegen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Wir werden die Vorschläge im Europäischen Parlament konstruktiv begleiten und gegen Widerstände aus dem linken Spektrum verteidigen.“

Neues handelspolitisches Instrument, um wirtschaftlichen Zwängen von Drittstaaten entgegenzuwirken

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für ein neues handelspolitisches Instrument, um wirtschaftlichen Zwängen von Drittstaaten entgegenzuwirken, veröffentlicht. Dazu erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel:

„Bislang fehlt uns in unserem handelspolitischen Werkzeugkasten ein Instrument, wenn Drittstaaten wirtschaftliche Zwänge gegen uns einsetzen. Beispiele dafür sind Zölle, Boykotte von Produkten bestimmter Herkunft und gezielte Steuern. Der Vorschlag ist deshalb eine folgerichtige Ergänzung unserer Handelspolitik und stärkt unsere Abwehrkräfte. Dass dieses Instrument überhaupt nötig ist, ist eigentlich jedoch ein weiterer Weckruf, das multilaterale Handelssystem und die Welthandelsorganisation WTO umso mehr zu stärken. Der Multilateralismus funktioniert leider nicht so, wie wir Europäer uns das vorstellen.

Seit Jahren schwächen einige Mitgliedstaaten die Welthandelsorganisation WTO systematisch. So ist beispielsweise der in der Vergangenheit gut funktionierende Streitbeilegungsmechanismus quasi lahmgelegt. Die WTO Kompatibilität des Vorschlags ist deshalb ein bestehendes Fragezeichen, das es zu bedenken gilt. Die Stärkung der WTO muss unsere ganz klare handelspolitische Priorität bleiben.“

Diskussionsveranstaltung der EVP-Fraktion zu COVID-19 Therapien

Die EVP-Fraktion veranstaltete am 08. Dezember eine hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung zu COVID-19-Therapien. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Initiatorin der Veranstaltung:

„Impfen ist der beste Schutz gegen COVID-19. Wir müssen aber auch Arzneimittel erforschen und Therapien für COVID-19-Patientinnen und -Patienten entwickeln. Das muss ganz oben auf der Agenda der EU stehen. Wir brauchen wirksame Medikamente, um COVID-19 gut behandeln zu können und müssen auch im Bereich Diagnostika besser werden. Die zeigen auch die vielen noch offenen Fragen zur Omikron-Variante.

Die Veranstaltung brachte gezielt wichtige Expertinnen und Experten im Bereich Gesundheit zusammen. Ich freue mich, dass wir sowohl Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides als auch EMA-Direktorin Emer Cooke begrüßen durften. Dazu haben wir Patientenvertreterinnen und -Vertreter, Ärztinnen und Ärzte und Vertreterinnen und Vertreter der forschenden Pharma- und Biotech-Unternehmen eingeladen. Ziel dieser Veranstaltung war es, aufzuzeigen, wie die europäische Therapiestrategie gegen COVID-19 aussieht. Arzneimittel gegen COVID-19 müssen schnell verfügbar sein, sodass jede Patientin und jeder Patient bessere Chancen hat, die Krankheit unversehrt zu überstehen.“

Die Veranstaltung wurde live übertragen und steht weiterhin [online](#) zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Jahresbericht zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU 2021

Zur Abstimmung des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments über den Jahresbericht zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU 2021 erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Berichterstatter:

„Die Europäische Union sieht sich mit einer Vielzahl von komplexen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Zu nennen sind zwei Beispiele aus 2021: Das internationale Desaster in Afghanistan hat die Defizite der EU bei militärischen Missionen offenbart. Die Instabilitäten in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zeigen aktuell, dass die gesamte Staatengemeinschaft gegen Desinformationen, Cyberangriffe und illegalen Menschenhandel gerüstet sein muss.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern mehr außen- und sicherheitspolitisches Engagement. Nur so kann die EU ein effektiver geopolitischer Akteur in einer durch Konkurrenz geprägten Welt werden. Es ist entscheidend, unsere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit dem erforderlichen politischen Willen weiterzuentwickeln. Die EU muss Partnerschaften auf Augenhöhe fördern und Verantwortung bei globalen Fragen übernehmen. Das gilt vor allem für das transatlantische Bündnis. So benötigt es massive Investitionen für zusätzliche Ausrüstung und operative Fähigkeiten. Beides muss deutlich verbessert werden. Die Entscheidungsprozesse der EU sind effizienter zu gestalten. Einstimmigkeit hemmt unsere Fähigkeit, schnell zu handeln. Es braucht häufiger Mehrheitsentscheidungen im Rat. So sollte dieses Prinzip zügig bei Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen eingeführt werden.

Es ist Zeit zu handeln. 2022 sind konkrete Schritte notwendig, sofern die Europäische Union ein globaler Akteur sein will. Davon hängt unsere außenpolitische Glaubwürdigkeit ab.“

Verlängerung der EU-Roaming Verordnung

Zur Trilog-Einigung über eine Verlängerung der Roaming-Verordnung erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und damalige Berichterstatterin der Roaming-Verordnung:

„Die EU-weite Abschaffung der Roaming-Gebühren ist eine europäische Erfolgsgeschichte. Mit der Einigung auf eine Verlängerung der geltenden Regeln, schreiben wir diese Erfolgsgeschichte fort. Ob für Chats, GPS-Navigation oder um unterwegs einen Podcast zu hören, das Handy nutzen wir im Alltag stärker denn je. Die überarbeiteten Vorschriften der Roaming-Verordnung werden zudem sicherstellen, dass Verbrauchern im Ausland die gleiche Qualität und Geschwindigkeit in den europäischen Netzen zur Verfügung stehen wie zu Hause.

Wir setzen uns im Europaparlament weiter dafür ein, dass keine bösen Überraschungen auf der Handyrechnung nach Urlaubsreisen innerhalb der EU warten. Die europäische Roaming-Verordnung ist ein greifbares Beispiel dafür, wie die EU den Alltag der Bürgerinnen und Bürger verbessert.“

Hintergrund:

Seit dem 15. Juni 2017 zahlen Europäerinnen und Europäer nur noch Inlandspreise für Anrufe, SMS und Datennutzung im EU-Ausland. Sogenannte „Rechnungsschocks“ gehören seitdem der Vergangenheit an. Ohne die jetzt beschlossene Verlängerung, würden die Roaming-Regeln am 30. Juni 2022 auslaufen.

Vorschläge der EU-Kommission zu Gas und Wasserstoff und Revision der Gebäuderichtlinie

Zu den Vorschlägen der EU-Kommission zu Gas und Wasserstoff und der Revision der Gebäuderichtlinie erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie:

- Zum Gas- und Wasserstoffpaket:

„Richtig, dass die Kommission etwaigen Marktmonopolen der Wasserstoffwirtschaft vorbeugen möchte. Vorschläge zur Erleichterung des Wechsels von Gas- und Wasserstoffanbietern sowie Transparenzvorgaben gehen in die richtige Richtung. Die „Unbundling-Regeln“ sind mit Blick auf Planungssicherheit jedoch für diejenigen zu entschärfen, die als Pioniere in die Wasserstoffinfrastruktur jetzt investieren wollen und deren Investition sich rechnen lassen können muss.

Gut, dass kohlenstoffarme Gase und Wasserstoff Vorteile beim Netzzugang erhalten, gut auch, dass die Kommission Gas- und Wasserstoffnetze als Einheit sieht und bei entsprechender Transparenz auch Mischfinanzierung erlaubt. Dieser pragmatische Ansatz lässt Technologieoffenheit zu und macht die Energiewende bezahlbar. Zukunftsweisend ist die Gründung einer Europäischen Wasserstoffplattform, die die Schaffung europaweiter H₂-Netze schaffen soll. Unter diesem Dach sollten auch Strategien für gemeinsame europäische Grünstrom- und Wasserimporte entwickelt und umgesetzt werden.

Beim Markthochlauf von Wasserstoff muss die Kommission dringend nachbessern. Unverständlich ist, dass der Vorschlag nur direkte Zulieferungen von grünen Wasserstoff in die Betriebe erlaubt, nicht aber indirekte Verträge, die Wasserstoffproduktion an anderer Stelle ermöglichen. Hier muss stattdessen ein „Book and claim“ Modell entstehen, das wie bei den Grünstromverträgen nicht auf der direkten physischen Zulieferung besteht, aber über entsprechende Zwischenverträge die Lieferung der vereinbarten Menge in das Stromnetz garantiert.“

- Zur Revision der Gebäuderichtlinie (Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden):

„Leider läuft dieser Vorschlag auf Doppelbelastungen hinaus. Es macht wenig Sinn, neben dem die Energiekosten verteuern den Emissionshandel (ETS für Gebäude) gleichzeitig strikte energetische Standards für alle Gebäude vorzuschreiben. So werden die Miet- und Unterhaltskosten doppelt verteuert. Wenn man richtigerweise auf den Emissionshandel setzt, dann sollte auf detaillierte Renovierungszwänge verzichtet werden, schon gar nicht für alle Gebäude. So verhindert man Markt- und Unternehmerinitiativen und verteuert die Energiekosten.

Stattdessen sollte man die Einnahmen aus dem Emissionshandel nutzen, um mit daraus finanzierten Ausschreibungen Gebäude mit den niedrigsten Effizienzstandards zu fördern, die innerhalb gewisser Fristen zu sanieren sind. Den Zuschlag für Fördergelder bekämen dann diejenigen Investitionen, die die höchsten CO₂-Einsparungen erwarten lassen. In Deutschland ließe sich das „warmmietenneutral“ umsetzen, wenn auf die Modernisierungsabgabe für Mieter verzichtet und Energiesteuern gesenkt würden. Sukzessive ließen sich so Gebäudebestände in Abhängigkeit von Renovierungsstandards sanieren. Ebenfalls zu kurz springt der Vorschlag mit Blick auf gemeinsame europäische Digitalisierungsstandards für Gebäude. Ein vager „Smart-Readiness-Benchmark“ und wenig konkrete Angebote für die Wirtschaft, sich in europäischen Normungsprozesse einzubringen, sind unzureichend. Verbraucherfassung und Dokumentation muss in Gebäuden europaweit zum Kinderspiel werden. Nur eine technische Harmonisierung und das Angebot verlässlicher Standards sichert den Markthochlauf energieeffizienter Haustechnik.“

Pläne der EU-Kommission zur Speicherung von CO₂

Zu den Plänen der EU-Kommission zur Speicherung von CO₂ erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses:

„Die Land- und Forstwirtschaft ist der einzige Sektor, welcher auf natürliche Weise Kohlenstoff speichern kann und so einen enormen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Nicht umsonst geht die EU-Kommission davon aus, dass die Land- und Forstwirtschaft bereits 2035 klimaneutral sein kann.

Wer Emissionen senkt oder CO₂ dauerhaft speichert, sollte für diese Leistung entlohnt werden. Aus diesem Grund begrüße ich, dass nun ein Zertifizierungs- und marktbasierendes Anreizsystem für mehr Kohlenstoffspeicherung im Boden und Wald errichtet werden soll. Damit dies funktionieren kann, braucht es allerdings den richtigen rechtlichen Rahmen aus angemessener Finanzierung aus öffentlichen und privaten Geldern sowie hochwertige Zertifikate. Dieser Rahmen kann helfen, Kohlenstoffbewirtschaftung in die tägliche Produktion zu integrieren. Deshalb muss der Handel von Zertifikaten so schnell wie möglich anlaufen, um die richtigen Anreize zur Klimaneutralität des Sektors in 2035 bereitzustellen.

Ich begrüße, dass die Kommission das nächste Jahr nutzen möchte, offene Fragen zur Gestaltung des Rechtsrahmens gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft, Land- und Forstwirtschaft und Umweltorganisationen zu klären. Der Rechtsrahmen muss Kohlenstoffspeicherung sicher nachweisen können, einen zuverlässigen Handel gewährleisten, für sichere Finanzierung sorgen und als zusätzliche Einkommensquelle für Land- und Forstwirte dienen ohne die Produktion von Nahrungsmitteln in Europa zu gefährden. Als Vorsitzender des Agrarausschusses werde ich mich intensiv daran beteiligen.“

Kommissions-Vorschläge über effiziente und umweltfreundliche Mobilität

Zu den Vorschlägen der EU-Kommission über effiziente und umweltfreundliche Mobilität erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

„Mit der heutigen Veröffentlichung haben wir nun fast alle Elemente auf dem Tisch, um die angestrebte Emissionsreduzierung im Verkehrsbereich nachhaltig, technologieneutral und sozial verträglich zu gestalten. Die Vorschläge sind eng verknüpft mit dem ersten Teil des „Fit for 55“-Pakets, welche die EU-Kommission im Sommer vorgelegt hat. Es ist eine gute Nachricht, dass die Kommission viele Elemente des Initiativberichts des Europaparlaments aufgenommen hat.

Für uns ist klar: Emissionen aus dem Verkehrssektor können nur reduziert werden, wenn auch die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Gleichzeitig muss Mobilität erschwinglich bleiben. Es ist deshalb das richtige Zeichen, dass die EU-Kommission jetzt einen verstärkten Infrastrukturausbau bei allen Verkehrsträgern, eine angemessene Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, klimaresistente Wasserstraßen, umfassende Eisenbahnsysteme und einen stärkeren Fokus auf Multimodalität vorschlägt. Wir wollen auch, dass Forschung und Entwicklung zu innovativen Mobilitätslösungen wie die Magnetschwebbahntechnologie gefördert werden.

Ich glaube, die EU-Kommission hat eine gute Balance zwischen den unterschiedlichen Forderungen aus der Industrie und den Mitgliedstaaten gefunden. Natürlich bleiben aber noch Details zu klären.“

Hintergrund:

Jens Gieseke hat Anfang des Jahres als Berichterstatter im Transportausschuss den Initiativbericht des Europaparlaments zur Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) verhandelt. Dieser wurde mit einer großen Mehrheit von 657 zu 8, bei 25 Enthaltungen angenommen.

Beschleunigung der Lieferungen von Impfstoffdosen an die Mitgliedstaaten

Die EU-Kommission hat erreicht, dass der Impfstoffhersteller Moderna Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten beschleunigt mRNA-Impfstoff zur Verfügung stellt. So hat die Kommission mit Moderna vereinbart, dass die Lieferung von 10 Millionen Dosen ihres Impfstoffs für Deutschland auf Dezember 2021 vorgezogen werden soll. Darüber hinaus werden im ersten Quartal 2022 zusätzlich 25 Millionen Dosen von Moderna nach Deutschland geliefert.

Die Pressemitteilung der Kommission finden Sie [hier](#).

Mein Mittelfranken

Teilnehmer Leo Rösler aus dem Landkreis Sulzbach-Rosenberg beim EVP Kongress für junge Landwirte

Sie sind die Zukunft unserer europäischen Landwirtschaft - unsere innovativen und engagierten Junglandwirtinnen und Junglandwirte! Bei der Verleihung des europäischen Junglandwirtepreises im Rahmen des virtuellen europäischen Kongresses für Junglandwirte in

Brüssel hat auf meinen Vorschlag der einzige deutsche und bayerische Vertreter, Junglandwirt Leo Rösel aus dem Landkreis Sulzbach-Rosenberg, zu den Nominierten gehört und seine Arbeit der Jury präsentiert. „Dieser Wettbewerb zeigt deutlich, wie vielfältig die Landwirtschaft in Europa ist und mit wie viel Innovationskraft die jungen Landwirte sich den Herausforderungen und dem Wandel in der Branche stellen“, so Leo Rösel. Der 32-jährige Neukirchner Hofnachfolger trat in der Kategorie des besten Projektes zur Verbesserung des ländlichen Raums an und produziert nachhaltig mit seiner Biogasanlage Energie aus der Region, für die Region. Seine tägliche Arbeit auf dem Hof, dem Feld und im Wald dokumentiert er mit Text- und Video-Beiträgen in sozialen Netzwerken.

Die Pressemitteilung zum Junglandwirtekongress finden Sie [hier](#).

Danke und Respekt für alle Ehrenamtlichen!

Zum Internationalen Tag des Ehrenamtes möchte ich herzlich Danke sagen und den Leistungen aller freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern Respekt zollen! In Deutschland sind das rund 30 Millionen Menschen. Viele davon sind auch in Mittelfranken. Ohne sie wäre auch unsere Heimatregion um vieles ärmer.

Meine Pressemitteilung zum Ehrenamtstag finden Sie [hier](#).

Herzensangelegenheiten

Marlene Mortler Meets - Meine neue Videoserie mit MdEPs

Wie sind deutschsprachige Mitglieder des Europaparlaments aus anderen Ländern eigentlich in das Parlament gekommen? Wofür setzen sie sich ein? Und warum sprechen sie so gut deutsch?

Über diese Themen spreche ich mit Kolleginnen und Kollegen in meiner neuen Videoreihe „Marlene Mortler Meets“. Wir möchten damit die Verbundenheit der Personen, die ihre Regionen vertreten, demonstrieren und Politikerinnen und Politiker näher an die Wählerschaft bringen. Dabei wird es auch persönlich: von Kindern über Weihnachtswünsche bis hin zu Sternzeichen geben meine Gesprächspartner Einblicke in ihre Arbeit und ihr Leben.

Sehen Sie sich die Videos auf meinem [Instagram-Kanal](#), sowie auf meiner [Website](#) an! Viel Spaß!

Nicht auf taube Ohren stoßen - Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Eine Durchsage am Bahnsteig zur Zugverspätung, das Klingeln eines überholenden Fahrrads: Alltägliche Situationen, die für die Mehrheit der erwachsenen Menschen keine besondere Herausforderung darstellen. „Für rund 83.000 Gehörlose sind sie unüberwindbar“, weiß Judit Nothdurft, Expertin und Beraterin zu Hörbehinderung. Für Normalhörende ist es kaum vorstellbar, auf wie viele Hürden Gehörlose im Alltag stoßen! Der alljährliche Internationale Tag der Menschen mit Behinderung, am Freitag, 3. Dezember,

sollte auf die Herausforderungen aufmerksam machen. Wir müssen auch in der Politik für die Menschen hörbar sein!

Eine aktuelle Pressemitteilung zum Thema finden Sie [hier](#).

Weltbodentag: Unsere Lebensgrundlage muss sinnvoll geschützt werden!

Die Sprichwörter „auf dem Boden bleiben“ oder mit „beiden Beinen fest auf dem Boden stehen“ schreiben Menschen Charaktereigenschaften wie solide, realistisch und natürlich zu. Wir verbinden den Boden mit etwas Positivem. Und das ist er auch: Der Boden ist für Mensch und Tier eine der wichtigsten Lebensgrundlagen. Aus diesem Grund habe ich den alljährlichen Weltbodentag, am 5. Dezember, genutzt, um erneut auf die Bedeutung des Bodens aufmerksam zu machen.

Die Pressemitteilung zum Weltbodentag finden Sie [hier](#).

Aktion Zeitspende für die Konferenz zur Zukunft Europas - Spenden Sie 60 Minuten für die Zukunft Europas!

Europa hört seinen Bürgerinnen und Bürgern zu! Bei der Konferenz zur Zukunft Europas. Online in allen Amtssprachen. Bringen Sie sich ein! Damit Ihre Stimme gehört wird. Sagen Sie der EU, was Sie sich von und in Europa wünschen - was verbessert werden muss und was Sie bewegt. Und wenn Sie wollen, tauschen Sie sich mit anderen EU-Bürgern in ganz Europa über Reformideen aus.

Spenden Sie Europas Zukunft bis zum **31. Januar 2022** 60 Minuten Ihrer Zeit und nehmen Sie aktiv an der politischen Entwicklung der Europäischen Union teil.

- Rufen Sie die Online-Plattform der Zukunftskonferenz unter <https://futureu.europa.eu/> auf und registrieren Sie sich über den Button „Anmelden“ beim Login-System der Europäischen Kommission (ECAS) als Teilnehmerin oder Teilnehmer. Loggen Sie sich ein.
- Auf der Konferenzplattform den Header „Themen“ anklicken und lesen Sie Beiträge, die Sie interessieren (v.a. Demokratie in Europa, Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit).
- Unterstützen Sie per Mausclick jene Ideen und Vorschläge, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine klare, föderale Kompetenzverteilung in der Europäischen Union voranbringen. Oder lehnen Sie Vorschläge ab, die zu einer Re-Nationalisierung führen würden. Sie wollen die Forderungen der Europa-Union unterstützen? Geben Sie in das Suchfenster rechts oben „Europa-Union“ ein und scrollen Sie bei den Ergebnissen bis „Vorschläge“.
- Noch Zeit übrig? Kommentieren Sie Einträge anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Weitere Informationen über die Forderungen der Europa-Union Deutschland finden Sie [hier](#).

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen

Mit dem Beschluss vom 19. November hat das Bundesverfassungsgerichts Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen, die sich unter anderem gegen die durch die Bundesnotbremse für einen Zeitraum von gut zwei Monaten bußgeldbewehrten Ausgangsbeschränkungen sowie bußgeld-bewehrte Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie richteten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Maßnahmen anhand der allgemein für sämtliche mit Grundrechtseingriffen verbundenen Gesetze geltenden verfassungsrechtlichen Anforderungen geprüft. Danach waren die hier zu beurteilenden Kontakt- und selbst die Ausgangsbeschränkungen in der äußersten Gefahrenlage der Pandemie mit dem Grundgesetz vereinbar; insbesondere waren sie trotz des Eingriffsgewichts verhältnismäßig. Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen hätten „in der Gesamtheit dem Lebens- und Gesundheitsschutz“ sowie der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems gedient, erklärten die Karlsruher Richter.

Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden zurückgewiesen, die sich gegen die Schulschließungen vom 22. April 2021 bis 30. Juni 2021 unter der Bundesnotbremse richteten. Das Gericht hat mit dieser Entscheidung erstmals ein Recht der Kinder gegenüber dem Staat auf schulische Bildung anerkannt.

Die Pressemitteilungen zum Thema finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Lesenswert

Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

EU-Außenrat: strategisches Engagement gegenüber Belarus

Am 15. November 2021 tauschten sich die EU-Außenminister erneut über die Lage an der EU-Außen- bzw. polnisch-belarussischen Grenze aus. Hierbei demonstriert die Erweiterung des Sanktionsregimes, einschließlich dem 5. Sanktionspakets vis-à-vis Belarus, die Ent- und Geschlossenheit der EU. Brüssel sieht im künstlich erzeugten Migrationsdruck einen hybriden Angriff auf die EU. Gleichzeitig verurteilt Brüssel die Gefährdung von Menschen durch den belarussischen Machthaber Lukaschenko und deren Instrumentalisierung für politische Zwecke. Die EU hingegen stelle humanitäre Hilfe für die Bedürftigen sicher.

Der EU-Außenministerrat beriet außerdem über konkrete Schritte für die Stärkung des Engagements mit dem westlichen Balkan, insbesondere in Hinblick auf die Einbeziehung der dortigen Partner in die außenpolitischen Beratungen der EU. Ferner führte der Rat eine Aussprache über Bosnien und Herzegowina durch und wies darauf hin, dass die Führung Bosniens den Dialog mit der EU wiederaufnehmen und wichtige Reformen vorantreiben solle. Weitere Tagesordnungspunkte der Minister betrafen die Umsetzung der Sahel-Strategie sowie die sich verschlechternde Lage in Mali. An der Beratung über die politisch-strategischen Leitlinien für den Sicherheits- und Verteidigungsbereich beteiligten sich neben den Außenministern auch die Verteidigungsminister.

EU-Entwicklungsminister beschließen verstärkte Wasser-Diplomatie

Wichtiges Thema beim EU-Entwicklungsministerrat am 19. November 2021 war Wasserbewirtschaftung und Wasserknappheit. Ein besonderer Fokus lag in der Diskussion auf Zentralasien, wo Wasserknappheit auch eine geopolitische Herausforderung darstellt. Der Entwicklungsrat nahm Schlussfolgerungen an, welche die strategische Bedeutung von Wasser für die nachhaltige Entwicklung, aber auch für Frieden und Stabilität unterstreichen. Die EU möchte ihre Zusammenarbeit mit betroffenen Regionen vertiefen und ihr diplomatisches Engagement in diesem Bereich ausbauen, unter anderem durch Verstärkung von Synergien zwischen ihrer Wasser-, Klima- und Energiediplomatie. Die Minister erörterten auch die jüngsten Entwicklungen in Afghanistan, Äthiopien und Sudan und deren Auswirkungen auf die EU-Entwicklungshilfe. Anschließend führten sie einen informellen Austausch mit Samantha Power, Direktorin der Agentur der Vereinigten Staaten für Internationale Entwicklung (USAID), mit einem Schwerpunkt auf die wachsende Immunsierungslücke zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Beide Seiten bekräftigten den Willen, die Zusammenarbeit zur Erreichung einer weltweiten Impfquote von 70 Prozent zu intensivieren.

Außenministertagung: Förderung der Östlichen Partnerschaft

Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft berieten sich der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, und der Kommissar für EU-Nachbarschaftspolitik, Olivér Várhelyi, Mitte November 2021 mit den Außenministern der EU-Mitgliedstaaten sowie Armeniens, Aserbaidschans, Georgiens, Moldaus und der Ukraine. Belarus war nicht eingeladen. Brüssel unterstrich sein Engagement für die Region und den Anspruch, notwendige Reformen weiterhin zu unterstützen. Ferner erörterte die Ministerrunde die Stärkung der Partnerschaft. Hierbei stehen die Themen Regierungsführung, Investitionen und Förderung der Widerstandsfähigkeit im Fokus. Die Gespräche tragen zur Vorbereitung des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft im Dezember 2021 bei, auf dem die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und der Länder der Östlichen Partnerschaft die Agenda für die Zusammenarbeit der EU mit der Region nach 2020 billigen werden.

Ministertreffen der EU-Mitgliedstaaten und der Südlichen Nachbarschaft

Der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, und der Kommissar für EU-Nachbarschaftspolitik, Olivér Várhelyi, sowie die Außenminister der EU und der Partnerländer der Südlichen Nachbarschaft kamen am 29. November 2021 zum dritten Ministertreffen zusammen. Im Fokus standen Fragen, wie Arbeitsplätze für junge Menschen geschaffen und ein „grüner“ Wiederaufbau nach der Pandemie gefördert werden kann. Ferner wurde die Zusammenarbeit bei der Migration und der Lösung von Konflikten diskutiert. Brüssel unterstrich, dass die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen beiden Regionen geschlossen werden müsse. Das Treffen in Barcelona stand im Kontext der von der EU im Februar 2021 vorgestellten neuen Agenda für den Mittelmeerraum.

EU-Außenbeauftragter Borrell zu Gesprächen in Peru und Brasilien

Zum ersten Mal seit Beginn seiner Amtszeit reiste der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nach Südamerika, um sowohl bilaterale Beziehungen mit der EU als auch regionale Kooperationsrahmen zu stärken. In Peru traf Borrell am 1. und 2. November 2021 mit dem Präsidenten Pedro Castillo und Außenminister Óscar Maúrtura zusammen, mit

welchem er die Unterzeichnung einer Absichtserklärung über den politischen Dialog und die sektorale Zusammenarbeit ankündigte. Im Anschluss begab sich der EU-Außenbeauftragte nach Brasilien. Dort tauschte er sich mit dem brasilianischen Präsidenten, Jair Bolsonaro, aus. Borrell unterstrich die Bedeutung der langjährigen strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien, während die brasilianische Regierung ihr neues Engagement für die Beendigung der illegalen Abholzung im Amazonasgebiet deutlich machte. Bei Treffen mit brasilianischen Wirtschaftsvertretern standen die Bedeutung der bilateralen Handelsbeziehungen sowie die Vorteile des EU-Mercosur-Abkommens im Zentrum. Mit Blick auf die Wahlen in Nicaragua vom 7. November 2021 verurteilte Borrell deren mangelnde demokratische Legitimität.

Reaktion der Europäischen Union zum Klimagipfel

Am 13. November 2021 endeten die Klimagespräche der Vereinten Nationen in Glasgow mit einem Entschluss, welcher zum ersten Mal fossile Brennstoffe als Hauptursache für die globale Erderwärmung ins Visier nimmt. Laut der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sei die Einigung „ein Schritt in die richtige Richtung“, um das 1,5°C-Ziel in Reichweite zu halten und die Emissionen weiter zu senken, das Ziel von 100 Milliarden Dollar pro Jahr für die Klimafinanzierung der Entwicklungsländer zu realisieren sowie eine Einigung über das Pariser Regelwerk zu erzielen. Dieses legt Regeln für den Handel mit Kohlenstoffemissionszertifikaten fest. Von Ländern wie China oder Indien wünscht sich die Kommissionspräsidentin größere Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel.

EU-Zentralasien-Ministertreffen: Wunsch nach engerer Kooperation

Beim 17. EU-Zentralasien-Ministertreffen am 22. November 2021 in Duschanbe tauschten sich EU-Außenbeauftragter Josep Borrell sowie Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für Internationale Partnerschaften, mit den fünf zentralasiatischen Außenministern aus. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Teilnehmer ihr Engagement für den Aufbau einer starken und zukunftsorientierten Partnerschaft, basierend auf gemeinsamen Werten. Beide Seiten wollen die Zusammenarbeit insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Erholung nach der Covid-Pandemie und gemeinsamen Lösungen mit Blick auf Afghanistan vertiefen. Zentrale Handlungsfelder für die Zukunft seien Klima, Handel, Energie, Sicherheit, aber auch die Stärkung der Zivilgesellschaft, so Urpilainen. Derzeit bereitet die EU zudem die Infrastruktur-Initiative „Global Gateway“ vor, welche auch in Zentralasien dem Konnektivitäts-Ausbau einen Schub verleihen soll.

Multilateralismus: ASEM-Staaten verstärken Zusammenarbeit

Im Rahmen des Asien-Europa-Treffen (ASEM) konferierten am 25. und 26. November 2021 die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz, Norwegens, Großbritanniens und Russlands sowie 20 Staaten in Ost-/Südostasien, darunter Korea und China, im virtuellen Format. Hinzu kamen Vertreter des ASEAN-Sekretariats und der EU. Im Mittelpunkt standen die aktuelle politische und sozio-ökonomische Lage in den Regionen und in der Welt sowie der Ausbau der 25-jährigen Zusammenarbeit zwischen Asien und Europa, insbesondere in Sachen Konnektivität und außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Hierbei biete der globale Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie die Gelegenheit, den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft zu forcieren. Ferner fördere präventive Diplomatie Frieden und Stabilität. In dieser Hinsicht unterstrich EU-Ratspräsident Charles Michel die strategische Relevanz der indopazifischen Region für die EU.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rebekka Olbrich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.